Bravogebrüll die Herstellung des faschistischen Einheitsblockes demonstrierten. Als Genosse Werner diese Tatsache anprangerte, schloß Dölitzsch die Sitzung. Nach der Wiedereröffnung ordnete er sofort

die polizeiliche Entfernung des Genossen Werner

an. Auf den stürmischen Protest der Kommunisten antwortete er mit Dutzenden von Ordnungsrufen, die den Zweck haben sollten, die kommunistische Fraktion für die in der nächsten Sitzung zur Beratung stehenden Erwerbslosenanträge zu dezimieren. Bei diesem schändlichen Vorhaben wurde er durch das Auftreten seiner Parteifreunde besonders unterstützt, von denen Rösch durch den Ruf:

„Schmeißt die ganze Bande naus, die Lumpen, die Strolche!"

das Signal zu einer allgemeinen Schimpfkanonade gegen die Kommunisten gab. Der Stadtverordnete Kern rief den Kommunisten zu: Wir wollen uns die Hände nicht dreckig machen, deshalb rufen wir die Polizei!" Dieser echt sozialfaschistische Ausspruch sollte für die Polizeibeamten, die solche schmutzige Hausknechtsarbeit für die Sozialfaschisten und das Bürgertum durchführen müssen eine wertvolle Lehre sein. Genosse Werner rief auch, als er von der Meute hinausgeführt wurde: der brüllenden Meute entgegen: „Wir wissen, daß nicht diese Beamten die Hinauswerfer sind, sondern daß ihr Faschisten ihnen mit der Hungerpeitsche droht, wenn sie nicht die Befehle ausführen. Wir werden unseren Kampf zur Entlarvung der bürgerlich-sozialdemokratischen Faschistenfront außerhalb des Parlaments fortsetzen!"

Während dieser Polizeiaktionen wurden die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion durch Polizeibeamte in Schach gehalten. Die Sozialdemokraten jubelten, lachten und höhnten während dieser schmachvollen Szene. Dölitzsch ging sogar so weit den Polizeibeamten aufzutragen, den Werner sogar aus dem Rathause zu entfernen. Da das den Beamten selbst nicht geheuer vorkam, zogen sie zurück, um nochmals ihre Befugnisse nachzuprüfen. Jetzt wagte Dölitzsch nicht, diese Maßnahme aufrechtzuerhalten, besaß aber dann noch die Unverfrorenheit, überhaupt den Erlaß dieser Anweisung zu leugnen, obgleich diese Tatsache einwandfrei feststand.

Im weiteren Verlauf der Sitzung brandmarkten die Genossen Helm und Schrapel die Schandtaten des bürgerlich-sozialdemokratischen Antikommunistenblockes und stellten fest, daß die Vertreter des Parlamentarismus vor den frechsten und gemeinsten Schimpfereien und Pöbeleien nicht zurückschrecken, und daß der sozialdemokratische Vorsteher dieses Treiben durch sein Verhalten bewußt unterstützt hat.

Die Dresdner Arbeiterschaft muß gerade angesichts dieser Vorgänge bereits erkennen, wie schamlos die Sozialdemokratie sie belogen hat, als sie eine Kampfstellung gegen das Bürgertum ankündigte. Kampfstellung mit dem gesamten Bürgertum gegen die Kommunisten — das ist das Kainszeichen der sozialfaschistischen Hausknechte der Reaktion, das diese Sitzung offen enthüllt hat.

Die Bautzner Stadtverordnetensitzung aufgeflogen

Kommunisten für Erwerbslosenforderungen — Anträge der Erwerbslosen sollen abgewürgt werden — Genossen Horstmann das Wort entzogen

Bautzen, den 5. Dezember.

Heute standen die Winterforderungen der Erwerbslosen im Stadtverordnetenkollegium zur Beratung. Die Erwerbslosen waren nach ihrer Versammlung, die am Nachmittag stattfand, geschlossen zum Rathaus gezogen mit einem großen Transparent „Wir fordern Arbeit und Brot".

Der Fleischermeister Lunze aber, als Stadtverordnetenvorsteher, nahm sich heraus zu bemerken, daß es „nicht so wichtig" sei, „wegen einigen Erwerbslosen" die dringlichen Forderungen der Erwerbslosen als ersten Punkt zur Beratung zu stellen. Als der Genosse Horstmann diese Provokation der Erwerbslosen als niederträchtig brandmarkte, wurde ihm in kurzer Zeit dreimal das Wort durch den Fleischer entzogen, und als der Genosse Horstmann sich nicht beirren ließ, ist die Sitzung, zu der die „tapferen" Bürger sich ein großes Polizeiaufgebot in das Gewandhaus bestellt hatten, aufgeflogen. Die Erwerbslosenforderungen sollten nicht bewilligt werden, deshalb der Wortentzug für kommunistische Redner, deshalb flog die Sitzung auf. Die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter werden den Stadtverordneten die Antwort nicht schuldig bleiben.

Explosion in einem Irrenhaus

TU. Paris, 5. Dezember. Durch die Explosion eines Preßluftbehälters wurden in einem Irrenhause in der Nähe von Cherbourg ein Kranker getötet und fünf andere schwer verletzt.

Die deutschnationale Parteikrise

r. g. Der von Hugenberg eingeleitete Ausschluß des deutschnationalen Abgeordneten Treviranus und der drei „nationalen" Gewerkschaftsvertreter, die sich mit ihm solidarisch erklärten, aus der Partei, hat den Anstoß zu einer schweren Krise in der deutschnationalen Parlamentsfraktion und damit zweifellos auch in der Deutschnationalen Partei gegeben. Nicht nur die unmittelbar vom Ausschluß bedrohten, sondern noch eine ganze Reihe weiterer Abgeordneter (bisher ist es ein Dutzend — aber die Zahl kann sich noch vermehren) haben demonstrativ ihren Austritt aus der Partei erklärt. Im Vordergrund der Begründungen für den Austritt wie auch der in diesen Tagen veröffentlichten Artikel einiger Führer der Opposition, Lambachs und Klönnes, stand die Frage der „Parteidemokratie", die von Hugenberg mit Füßen getreten wurde. Politisch hat jeder der Ausgetretenen eine besondere, den Agitationsbedürfnissen seines persönlichen Einflußgebietes angepaßte Begründung gegeben; die drei Gewerkschaftsvertreter sind unter Berufung auf die von Hugenberg vernachlässigten „Arbeitnehmerinteressen" ausgetreten, der Industriellenvertreter Klönne hat diese Stellungnahme der Lambach und Konsorten demonstrativ unterstützt, indem er in einem Artikel in der Deutschen Allgemeinen Zeitung die Unmöglichkeit betonte, „erfolgreiche Politik ohne oder gegen die Arbeiter zu betreiben". Wahrlich — ein eigenartiger Ausspruch im Munde eines der führenden Vertreter jener Unternehmerverbände, die gerade am Tage des Ausbruchs der Parteikrise ein provozierendes Kampfprogramm gegen die Arbeiterklasse aufgestellt haben! Aber worauf es den Lambach und Klönne ankommt, das ist eben die Deckung der Ausbeuteroffensive durch die Phrase der Volksgemeinschaft — die faschistische Ausprägung der Parole der „nationalen Arbeitsgemeinschaft". Die neue Partei, die auf Grund des Austritts der deutschnationalen Abgeordneten entsteht, wird sich vermutlich als „christlich-sozial" bezeichnen — die Brücke zur faschistischen Demagogie des Zentrums, insbesondere der christlichen Gewerkschaftler um Stegerwald, mit dem die ausgetretenen Abgeordneten in einem Gewerkschaftsbunde arbeiten, ist geschlagen. Und der Abgeordnete Lejeune-Jung hat noch obendrein in seiner Austrittserklärung ausdrücklich die Vernachlässigung der katholischen Interessen durch die Hugenberg-Führung als Austrittsgrund bezeichnet.

Aber die Parteikrise steht bereits weitere Kreise, bedroht die Deutschnationale Partei in Machtpositionen, die noch wichtiger sind, als die „nationalen Arbeitnehmerverbände". Zu den ersten Austrittserklärungen sind im Laufe des 4. Dezember Austritte von ausgesprochenen Junker-Vertretern und zwar Lindeiner-Wildau, Schlange-Schöningen und von Keudell (dem früheren Reichsminister) hinzugekommen. Schlange-Schöningen hat in seiner Austrittserklärung ausdrücklich Hugenberg der „Vernachlässigung landwirtschaftlicher Interessen" beschuldigt. Noch verhalten sich die ausgesprochenen Führer des Reichslandbundes, wie Schiele, etwas reserviert und wollen die Parteieinheit erhalten — aber selbst im Hugenberg-Lager rechnet man mit weiteren Austritten und der Rücktritt Westarps scheint unvermeidlich zu sein. Wie die Berliner Börsenzeitung, das Organ der Ausgetretenen, sich ausdrückt, ist „der Stein im Rollen". Eine ernste Veränderung in der lokalen Basis der Deutschnationalen Partei ist unvermeidlich; keine Unternehmervertreter, „nationale Gewerkschaftler" und Junker haben die Partei — wenn auch nur teilweise — verlassen; der offen faschistische Flügel, der das Bündnis mit Hitler zum Programm erhebt, ist der unbestrittene Herr der Partei.

Die deutschnationale Parteikrise bedeutet also auf der einen Seite eine vollkommene Herausarbeitung des faschistischen Charakters der Partei — auf der anderen Seite eine Annäherung der Ausgetretenen an die „bürgerliche Mitte" und damit eine Stärkung der politischen Positionen derselben. Und demgemäß wird auch die Parteileitung von sämtlichen bürgerlichen Blättern mit Jubel begrüßt — bis zum Vorwärts, der sie als eine „Loslösung proletarischer Elemente von einer bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Partei" feiert. Eigentlich hätten die Sozialfaschisten keinen sehr großen Grund zum Jubel — ihre schwarzrotgoldenen Koalitionsgenossen sprechen unverblümt die Hoffnung aus, mit Hilfe des nun „vernünftig" gewordenen Flügels der Deutschnationalen die SPD noch stärker unter Druck setzen zu können. Aber uneigennützig feiern die Sozialfaschisten den Triumph ihres schwarzrotgoldenen Stalles, der sich mit ihrer Hilfe glücklich soweit entwickelt hat, daß „proletarische Elemente", wie Herr Klönne, Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, ihn als wohnlich empfinden.

Die deutschnationale Parteikrise ist ein Ausdruck der beginnenden Krise des deutschen Kapitalismus,

der herannahenden revolutionären Erschütterung, die sich — wie jede revolutionäre Krise — in bestimmten Zersetzungserscheinungen in den alten bürgerlichen Organisationen ankündigt. Sinnfällig dokumentiert sich hier die Umgruppierung der bürgerlichen Kräfte, die zur Niederwerfung der revolutionären Welle versucht wird. Ein Teil der deutschnationalen Partei sucht gemeinsam mit den anderen Parteien der Bourgeoisie den Weg der „legalen" Verwandlung der Weimarer Republik in eine offene faschistische Diktatur: er macht mit der „bürgerlichen Mitte" gemeinsame Sache, um schneller zur Futterkrippe zu kommen und innerhalb des Staatsapparates einen gesteigerten Druck im Sinne der Faschisierung ausüben zu können. Die nationalistische Phrase geben diese Leute — so wenig wie die alten schwarzrotgoldenen — preis; sie haben sich wohl gehütet, in ihren Austrittserklärungen die Frage des Volksbegehrens, die zur Parteikrise den unmittelbaren Anstoß gab, zu erwähnen. Aber sie wollen sofort und unvermittelt an der Durchführung des Youngplanes mitwirken, den sie auf dem Papier bekämpfen. Die anderen, die Hugenberg und Hitler, stehen in Reserve; sie warten mit der offenen Uebernahme der Staatsgewalt, um mit Hilfe der nationalistischen Demagogie die faschistischen Reservestellungen besser ausbauen zu können; sie stehen bereit, mit den Mitteln der offenen faschistischen Diktatur einzuspringen, wenn vor dem Ansturm der proletarischen Massen die bürgerliche „Demokratie" der Severing, Kaas und Keudell zerbricht.

So ist es kein Widerspruch, wenn die Zersetzung der bisher stärksten bürgerlichen Partei gleichzeitig eine Verstärkung der Unternehmeroffensive bedeutet: unmittelbar dadurch, daß der ausgetretene Flügel der Deutschnationalen regierungsfähig geworden ist, mittelbar durch die nun zweifellos verstärkte faschistische Demagogie der Hugenberge, die den Youngplan mit dem Maule bekämpfen, um seine Durchführung zu decken. Die SPD kriecht vor der Offensive der Ausbeuter auf dem Bauche — nun, wo die Stellung der Deutschen Volkspartei und des Zentrums innerhalb der Regierungskoalition verstärkt ist, werden sie jede Unternehmerforderung bewilligen und den Arbeitern einreden, daß dies notwendig sei, um die „Demokratie" vor den Hugenbergen zu schützen. Nach einem ersten Schweigen zieht die SPD-Presse in allen Tonarten gegen das Unternehmerprogramm los". Aber das Hamburger Echo schreibt am 5. Dezember offen:

„Stärkere Kapitalbildung erklärt der Reichsverband als notwendig? Wer würde ihm widersprechen? Auf das wie kommt es an ....."

Wenn man die prinzipielle Plattform des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bejaht, wenn man, wie die SPD es auf Grund ihrer bürgerlichen Einstellung tun muß, die Anhäufung von Kapital in den Händen der Ausbeuter als notwendig erklärt, dann wird man sich auch über das „wie" mit ihnen einigen — dann hilft man den Kaas und Keudell bei der Niederhaltung der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse und nennt die Verteidigung der eigenen Futterkrippe „Verteidigung der Demokratie".

Reichsbankpräsident fordert innerpolitischen Young-Kurs

Herr Löbe hat ihn bereits begonnen

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat den zuständigen Stellen eine Denkschrift überreicht, in der er die beschleunigte Durchführung des Youngplans insbesondere auf innerpolitischem Gebiet fordert.

Herr Löbe und seine Kollegen im Reich haben ihn bereits begonnen, und Severing führt die Gesamtoffensive. Gerade das Kommando des Reichsbankpräsidenten zeigt, in wessen Interesse und zu wessen Gunsten der durch Sozialdemokraten geführte Vorstoß gegen die Kommunisten liegt. Gleichzeitig zeigt die Tatsache jedoch auch, wie in der Praxis auch die angeblichen Youngplan-Bekämpfer um Hugenberg und Hitler dieser Kapitalsoffensive zugunsten des Youngplans treue Helfersdienste leisten. Gerade deshalb müssen alle Kommunisten, die in Wahlvorständen tätig sind, beim Faschisten-Volksentscheid die Abstimmungslokale aufsuchen und sich dort die Handlanger des sozialfaschistischen Youngplankurses genau ansehen. Den Young-Einpeitschern und ihren „nationalen" Geheimagenten muß eine feste Front des klassenbewußten Proletariats entgegengesetzt werden.

Blutige Streikkämpfe in Athen

Das Berliner Tageblatt meldet aus Athen:

„Der hier ausgebrochene Streik der Verkehrsarbeiter, dem heute auch die Straßenbahner beitraten, führte im Laufe des Tages zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und Militär, um die Aufnahme des Straßenbahnverkehrs durch Streikbrecher zu vereiteln. Als Streikende einige vollbesetzte Straßenbahnzüge überfielen, rückte Militär an, gab schwere Salven und machte schließlich von den Gewehrkolben reichlichen Gebrauch. Außer einer Anzahl Verletzten auf beiden Seiten, sowie einigen zertrümmerten Straßenbahnwagen sind bis jetzt keine Opfer zu beklagen. Die Regierung, die verkündet hat, daß sie die Forderung der Arbeiter nicht annehme, sieht umfangreiche Maßnahmen für den Fall einer Verbreiterung der Streikbewegung vor."

Der Präsident der Bergarbeiterinternationale geht ab

Der englische Bergarbeiterführer Herbert Smith, der den Vorsitz des Britischen Bergarbeiterverbandes niederlegte, hat an das Sekretariat der Internationalen Bergarbeitervereinigung ein Schreiben gerichtet, worin er um Enthebung von dem Amte als Präsident der Bergarbeiterinternationale bittet.

Schmith gibt vor, daß er gegen bestimmte Verbrechen der Macdonald-Regierung sei, die ja bekanntlich den Bergarbeitern gegenüber alle Versprechungen gibt. Wenn aber Schmith nichts anderes tut als seine Aemter niederzulegen, so zeigt das deutlich, was seine Opposition" wert ist. Mit dem Rücktritt von seinen Aemtern kann Schmith nicht der Verantwortung dafür entgehen, daß er mitgeholfen hat, die englischen Bergarbeiter zu betrügen.

Die Amsterdamer spalten in Indien

Die Abendausgabe des „Vorwärts" vom 4. Dezember meldet, „daß der Kampf zwischen den Extremisten und den Gemäßigten im Allindischen Gewerkschaftskongreß zu einer Spaltung geführt hat. Die Gemäßigten haben beschlossen, eine neue Organisation zu gründen, die von allen kommunistischen Einflüssen frei ist". — Das ist wieder ein Beispiel, wie die Amsterdamer rücksichtslos die Gewerkschaften spalten.

Opfer des Profits

Schweres Explosionsunglück beim Stahltrust

TU. Dortmund, 5. Dezember. Heute kormittag ereignete sich auf dem Thomasberg der Vereinigten Stahlwerke, Abt. Dortmunder Union, ein folgenschweres Explosionsunglück. Aus bisher noch unbekannter Ursache explodierte 11,30 Uhr eine Coquille (eiserne Gußform). Durch die umherspritzenden glühenden Eisenmassen wurden sieben Arbeiter so schwer verletzt, daß sie sofort dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Drei der Verletzten haben so schwere Brandwunden erlitten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Explosionsunglück bei Eisenstein

TU. Prag, 5. Dezember. Bei dem Bau des großen Böhmerwald-Elektrizitätswerkes am Schwarzen Weg bei Eisenstein ereignete sich am Mittwoch eine schreckliche Explosion. Als zwei Arbeiter mit dem Ausheben einer Grube beschäftigt waren, stießen sie mit der Spitzhacke auf eine von früheren Sprengarbeiten zurückgebliebene Dynamitladung, die explodierte. Beide Arbeiter erlitten so schwere Verletzungen im Gesicht, daß sie das Augenlicht verloren. Außerdem mußte jedem von ihnen ein Fuß, dem einen sogar beide Arme, amputiert werden. Mit dem Ableben dieses letzteren wird gerechnet.

Es geht los mit Versammlungsverboten

Hamburg, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Polizei hat eine für den 6. Dezember in einem geschlossenen Saal angesetzte Versammlung der Antifaschistischen Jungen-Garde und die für den 13. Dezember angekündigte Versammlung des Norddeutschen Arbeiterschutzbundes verboten mit der Begründung, daß diese Organisationen eine Fortsetzung des verbotenen Roten Frontkämpfer-Bundes seien.

Der RFB demonstriert in Neukölln

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern abend demonstrierten die „verbotenen" Roten Frontkämpfer. 500 Kameraden zogen durch die Straßen von Neukölln. Unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung durchzogen die Soldaten der künftigen Roten Armee in ihrer Bundeskleidung die Straßen, in denen am 1. Mai die Arbeiterschaft Barrikaden gegen die Polizeisoldateska baute. Nach 1½stündigem Marsch schloß die eindrucksvolle Demonstration mit dem Appell der Kameraden des RFB an alle Anwesenden, gemeinsam gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront zu kämpfen.

Osram-Belegschaft hinter Gewerkschaftsopposition!

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Mittwoch fand eine glänzend besuchte Versammlung der Belegschaft des Osram-D-Werkes statt. Niemals hatte eine Belegschaftsversammlung, auch nicht eine von den Gewerkschaften einberufene Versammlung einen solch hohen Besuch aufzuweisen. Diese Massenversammlung war einberufen von der revolutionären Gewerkschaftsopposition und nahm zu den Massenentlassungen Stellung. Das Osram-D-Werk ist eine Hochburg der SPD, die den Betriebsrat und den Funktionärkörper völlig beherrscht und Hand in Hand mit der Direktion arbeitet. Dieser gewaltige Erfolg ist um so höher zu schätzen, als die SPD mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeiter vom Besuch der Versammlung abzuhalten bemüht war.

Mit großer Aufmerksamkeit folgten die anwesenden Arbeiter den Ausführungen des Genossen Merker über den Youngplan, die Massenentlassungen und Rationalisierung, sowie über die Beschlüsse des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

24 Arbeiterinnen und 21 Arbeiter gaben ihre Adressen ab, als Sympathisierende im Kampf mit der Opposition zusammenzuarbeiten. Eine Anzahl Aufnahmen in die Kommunistische Partei wurden vorgenommen. Unter ungeheurer Begeisterung, mit einem Hoch auf die KPD wurde diese Versammlung bei Osram-D geschlossen.

Der Kampf

gegen die Folgen des Youngplanes kann nur geführt werden

mit starken Betriebszellen,

mit gut arbeitenden

Fraktionen in allen Massenorganisationen.

Ein wichtiges Ziel der Reichskontrolle ist der Aufbau der Fraktionen zur Verstärkung der Betriebszellen.

Führt sie gut durch!